

# **Vereinbarung zwischen der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Fraktion der Freien Demokratischen Partei (FDP) über die Bildung einer gemeinsamen Gruppe im Kreistag des Landkreises Northeim gem. § 35b der Niedersächsischen Landkreisordnung**

## **Präambel**

Die Vertragspartner, vertreten durch die von den zuständigen Parteigremien legitimierten Verhandlungskommissionen, schließen die nachfolgende Vereinbarung zur Bildung einer Gruppe gem. § 35 b der Niedersächsischen Landkreisordnung im Kreistag des Landkreises Northeim für die laufende Wahlperiode bis 31. Oktober 2011, längstens bis zum Beginn der konstituierenden Sitzung des Kreistages der darauf folgenden Wahlperiode.

Beide Fraktionen bilden diese Gruppe mit dem Ziel einer verlässlichen Mehrheit für eine nachhaltige, zukunftsweisende, wirtschaftsfreundliche und soziale Politik im Landkreis Northeim. Es besteht Einigkeit zwischen den Partnern das wechselnde Mehrheiten ausgeschlossen werden.

Abstimmungen und Klärungsprozesse innerhalb der Gruppe werden durch einen Koalitionsausschuss gewährleistet. Dieser regelmäßig tagende Koalitionsausschuss besteht paritätisch besetzt aus jeweils fünf Personen der Gruppenpartner, um anstehende Fragen und Themen abzustimmen. Kann wider erwarten zwischen den Gruppenpartnern eine Einigung nicht erzielt werden, wird das weitere Verfahren im Koalitionsausschuss abgestimmt.

Mit der Bildung dieser Gruppe bleibt die Eigenständigkeit der Fraktionen gewahrt. Die Gruppenpartner verpflichten sich, die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten Ziele partnerschaftlich umzusetzen.

## **Finanzen**

Die Gruppenpartner halten am Ziel der konsequenten Haushaltskonsolidierung fest. Die Aufstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzepts werden wir positiv begleiten. Die Gruppe wird maßgeblich an diesem Konzept und seiner Vernetzung mitarbeiten. Dabei geht es auch um eine transparente Aufgabenkritik und Benennung von Kernbereichen der Kreispolitik. Wesentliche Ergebnisse müssen in der zukünftigen Kreistagsarbeit realisiert werden.

Ein weiteres Ziel ist es, die Selbstverwaltung der kommunalen Gebietskörperschaften zu stärken. Die Kreisumlage soll in dieser Legislaturperiode

nicht angehoben werden, es sei denn, dass dem Kreis neue Aufgaben aus den Städten und Kommunen erwachsen.

Das Beauftragtenwesen wird in Kernbereichen für wichtig und unverzichtbar gehalten, z.B. Frauenbeauftragte oder Beauftragte für Barrierefreiheit. Die Gesamtheit des Beauftragtenwesens im Kreis soll allerdings überdacht und überprüft werden.

Einrichtungen und Programme mit finanzieller Beteiligung des Landkreises sollen zukünftig regelmäßig auf ihre Sinnhaftigkeit bzw. weitere Notwendigkeit überprüft werden.

## **Bevölkerungsentwicklung**

Der demographische Wandel ist die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre. Der prognostizierte Bevölkerungsrückgang in unserer Region stellt die Gesellschaft und vor allem die politisch Handelnden vor große Herausforderungen. Wir brauchen eine Infrastruktur, die an das gesellschaftliche Leben angepasst und langfristig geplant wird. Nach Auffassung der Gruppe gehören dazu insbesondere soziale und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen sowie attraktive Bildungseinrichtungen.

In diesem Zusammenhang wird sowohl eine nachhaltige Familienpolitik angestrebt, als auch die Generationengerechtigkeit zwischen der älteren und jüngeren Bevölkerung als zentrales Thema herausgestellt.

Angesichts der Bedeutung dieses Themas wird zunächst bis zum Ende der Legislaturperiode ein Sonderausschuss „Demographischer Wandel“ im Kreistag gebildet. Dieser prüft welche unterschiedlichen Handlungsfelder für den Kreis bestehen und begleitet deren weitere Umsetzung. Er benennt die Herausforderungen und erarbeitet Empfehlungen.

## **Wirtschaftspolitik**

Die Gruppe hat das Ziel, die Koordination der Tourismus- und Wirtschaftsförderung durch den Landkreis voranzutreiben. Dabei wird es als selbstverständliche Daueraufgabe angesehen, ansässige Firmen und Unternehmen bei Neugründung und Ansiedlung unbürokratisch zu unterstützen und zu fördern. Der Erhalt der Wirtschaftsleitstelle in der Kreisverwaltung ist dazu notwendig und hilfreich. Da sich die gegenwärtigen Strukturen bewährt haben, soll die Stelle an der Spitze der Wirtschaftsleitstelle zunächst nicht neu besetzt werden. Sie bleibt aber im Haushalt bestehen, um zukünftig flexibel reagieren zu können. Die Vielfalt des Tourismus im Landkreis Northeim (Weserbergland, Vorharz, Leinebergland) soll stärker betont und herausgestellt werden.

Wir streben zukünftig eine engere Kooperation des Landkreises mit der NBank an, um die dort vorhandenen Potentiale und Förderprogramme für den Kreis noch stärker auszuschöpfen. Die Steigerung der Frauenerwerbs-

quote und die Qualifizierung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden als ständige Ziele begriffen.

Die Landwirtschaft, einschließlich der ökologischen Landwirtschaft, bietet neue Möglichkeiten für den Landkreis und zur Standortsicherheit. Die Förderprogramme des Landes, Bundes und der Europäischen Union sollen in diesem Zusammenhang stärker genutzt werden. Dieses gilt auch für die Schaffung neuer Einnahmequellen der gesamten Landwirtschaft, z.B. Direktmarketing, Energiegewinnung, Tourismusförderung und Bildung.

## **Mobilität und Verkehr**

Der Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen (VSN) gewährleistet den 600.000 Bürgerinnen und Bürgern in der Region einheitliche Dienstleistungen und eine transparente Mobilität mit Bus und Bahn. Die Gruppe unterstützt die Fortführung und Weiterentwicklung der Arbeit des Verkehrsverbundes Südniedersachsen. Konkret gilt es aber, die Anbindung einzelner Ortschaften an den ÖPNV zu überprüfen und insbesondere die an den Linienverkehr angebundene Schülerbeförderung zu verbessern.

Wir fordern weiterhin den Erhalt des schienengebundenen Personen- und Güterverkehrs in Südniedersachsen.

Der Bau neuer Kreisstraßen ist nicht vorgesehen, daher wird der Sanierung und Unterhaltung der bestehenden Kreisstraßen eine wichtige Aufgabe zugesprochen. Der weitere Ausbau des Radwegkonzeptes wird auch nach touristischen Gesichtspunkten im Landkreis weitergeführt.

## **Familienpolitik**

Die Gruppenpartner streben die Fortsetzung einer nachhaltigen Familienpolitik für den Landkreis Northeim an. Dabei sollen Programme und Investitionsanreize des Bundes und des Landes zum Ausbau des Kindergarten- und Kinderkrippenbereichs genutzt werden.

Mit Hilfe einer attraktiven, sozialen Infrastruktur soll die Ansiedlung und der Zuzug von jungen Familien in den Landkreis Northeim gefördert werden. Der Landkreis Northeim muss ein familienfreundlicher Landkreis bleiben und als solcher ausgebaut werden.

## **Kinderbetreuung**

Von der Gruppe wird die konsequente Umsetzung des Kindertagesstättenausbaugesetz als Pflichtaufgabe für den Landkreis Northeim angesehen und weiter vorangetrieben. Die Gruppenpartner sind sich einig, dass der bedarfsgerechte Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen sowohl im Kindertagesstättenbereich als auch im Krippenbereich in dem Programm auf Kreisebene weiter geführt wird und für die Kommunen eine verlässliche

Größe darstellt. In diesem Zusammenhang wird ein besonderer Wert auf die frühkindliche Bildung gelegt. Die Bereiche Sprachförderung sowie die musikalische Förderung werden befürwortet und unterstützt.

Die Bestrebungen des Bundes und Landes, die Eltern in den Kindertagesstätten beitragsfrei zu stellen, werden von der Gruppe begrüßt und unterstützt. Auch die Qualifizierung von Tagesmüttern soll weiter gefördert werden, um die Kinderbetreuung im Landkreis Northeim insgesamt zu verbessern.

## **Schule**

Eine Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung im Landkreis wird auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung für dringend erforderlich gehalten. Kommunen, die die Schulträgerschaft übernommen haben, müssen über den Schullastenausgleich gleichberechtigt Zuschüsse vom Kreis bekommen. Das gilt zurzeit faktisch nur noch für die Stadt Einbeck. Entscheidungen kommunaler Selbstverwaltungen, Schulträgerschaften vor allem aus Gründen der Haushaltskonsolidierung an den Landkreis zurückzugeben, werden akzeptiert (gilt aktuell für Northeim).

Des Weiteren soll eine verlässliche Planung für die Schulen gewährleistet bleiben.

Dieses beinhaltet eine Fortschreibung des Investitionsplans für die Schulen in Bezug auf Ausrüstung, Instandsetzung, Energiesparkonzepte und Sachmittelausstattung.

Im Zuge der Landes- und Bundesprogramme fördern die Gruppenpartner den Ausbau der Ganztagsbeschulung im Landkreis Northeim. Ideen und Fähigkeiten von jungen Menschen sollen in Entscheidungen mit einbezogen werden, um ihr soziales Engagement zu fördern. Die kostenlose Schülerbeförderung soll einschließlich der bisherigen Kilometergrenze im Landkreis Northeim weiter bestehen bleiben.

In dem Punkt der Weiterentwicklung des Gesamtschulangebotes von KGS und IGS besteht zwischen SPD und der FDP ein Dissens. Die Bildung weiterer KGS im Landkreis wird unterstützt. Bei der Frage der Errichtung weiterer IGS gibt es zwischen den Partnern unterschiedliche Auffassungen.

## **Jugendhilfe**

Die Gruppe will die Ausrichtung der Jugendhilfe auf präventive Maßnahmen in den Vordergrund stellen, denn Jugendhilfe darf kein späterer Reparaturbetrieb für Erziehungsdefizite sein. Dafür ist ein entsprechender Paradigmenwechsel beim Jugendamt notwendig. Das Jugendamt muss sich stärker als Partner der Erziehungsberechtigten, Kinder und Jugendlichen betrachten.

Die Angebote freier Träger sollen im Bereich der Jugendhilfe zukünftig stärker genutzt und eingebunden werden.

Da die Jugendhilfeplanung als ständige Aufgabe begriffen wird, muss der Unterausschuss „Jugendhilfeplanung“ für die gesamte Wahlperiode aufrechterhalten werden. Die Partner bekräftigen ausdrücklich den einstimmigen Beschluss des Kreistages vom 12.10.2007. Das heißt:

- Aufbau von Präventionsarbeit in Kindertagesstätten und Schulen durch regelmäßige Schulungen von Jugendamt und Gesundheitsamt für Eltern, Erzieher und Pädagogen,
- Vorsorgeuntersuchungen im Kitabereich,
- Aufbau und Einbindung von Familienhebammen,
- Aufbau von vernetzten Hilfestrukturen,
- Aufbau einer Gesundheitsberichterstattung auf Kreisebene.

Die bisherige Mischfinanzierung der Stadt- und Gemeindejugendpfleger wird kritisch gesehen. Die Gruppe steht aber nach wie vor zum Erhalt und zur Weiterführung der flächendeckenden ortsnahen Arbeit der Jugendpfleger.

## **Gleichstellung**

Wir werden die Stelle der hauptamtlichen Frauenbeauftragten erhalten und ihre Arbeit weiter unterstützen. Die gute und erfolgreiche Arbeit der Gleichstellungsstelle des Landkreises und die damit verbundene Vernetzung mit den Frauenbeauftragten der Städte und Gemeinden wird auch in Zukunft unsere volle Unterstützung erfahren. Eine verbesserte Vereinbarung von Familie und Beruf im Landkreis wird unterstützt und als ständige Herausforderung angesehen. Dabei ist uns bewusst, dass die Aufgaben der Gleichstellung von Männern und Frauen aber weit mehr umfassen als die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

## **Gesundheitspolitik**

Ziel ist es nach wie vor, alle Krankenhäuser im Landkreis zu erhalten, um die stationäre Gesundheitsversorgung der Bevölkerung weiterhin flächendeckend und ortsnah zu gewährleisten. Die Gruppe wird sich daher im Rahmen des laufenden Interessenbekundungsverfahrens nachhaltig für einen erfolgreichen Abschluss einsetzen.

Unser Kreisgesundheitsamt mit seinen Außenstellen verstehen wir als Dienstleister im Rahmen der Daseinsfürsorge für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Landkreis. In diesem Sinne wird neben den gesetzlichen Pflichtaufgaben gerade auch die Verbesserung der Kindergesundheit mit dem Aufbau von Vorsorgeuntersuchungen im Kindergartenbereich gesehen.

## **Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Behinderungen**

Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf selbstständige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und den gesellschaftlichen Prozessen. An den in dieser Legislaturperiode angeschobenen Maßnahmen wie dem Behinderertenbeirat und der Behindertenbeauftragten wird weiter festgehalten.

## **Pflege älterer und behinderter Menschen**

Wir sehen eine Verpflichtung, die menschliche Würde von pflegebedürftigen Menschen zu garantieren. Die Kreisverwaltung wird aufgefordert, den kommunalen Pflegeplan fortzuschreiben, hierbei den demographischen Wandel zu berücksichtigen und den Ausbau des altengerechten Wohnens zu fördern.

## **Umweltschutz**

Wir sehen zwischen Mensch und Natur keinen Gegensatz. Der verantwortungsvolle und respektvolle Mensch bildet vielmehr eine Einheit mit der Natur. Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landkreises ist es, Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus umwelt- und sozialverträglich auszurichten. Die Energiesparmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden werden wir fortsetzen. Auch der Einsatz von regenerativen Energien soll weiter gefördert werden, wobei die nachhaltige Wirtschaftlichkeit überprüft werden muss.

Die Gruppe setzt sich dafür ein, dass die 380-KV-Leitung von Wahle nach Mecklar im Landkreis Northeim unter der Erde verlegt werden soll.

Naturschutz- und Landschaftspflegemaßnahmen, die nicht hoheitlich durchgeführt werden müssen, können nach Antragsstellung auch an privat organisierte Umweltorganisationen übergeben werden. Für die Gruppenpartner ist es selbstverständlich, dass bei Eingriffen in die Natur den Belangen der Bevölkerung ein hoher Stellenwert einzuräumen ist.

Der Hochwasserschutz im Binnenland gewinnt aufgrund des Klimawandels zunehmend an Bedeutung. Dieses haben uns verstärkt auftretende Hochwasser auch in unserem Landkreis in den vergangenen Jahren leidvoll vor Augen geführt. Der Kreis soll daher die kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Erstellung und Umsetzung von Hochwasserschutzplänen unterstützen. Dieses gilt vor allem auch für einen fairen Interessenausgleich zwischen Ober- und Unterliegern und der Klärung, inwieweit es sich im Rahmen von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen beim Hochwasserschutz um freiwillige Leistungen oder Aufgaben der Daseinsfürsorge der Städte und Gemeinden handelt.

## **Abfallentsorgung**

Bei der Abfallwirtschaft verfolgt die Gruppe das Ziel, eine langfristige Senkung der Müllgebühren zu erreichen. So soll geprüft werden, ob nicht auch der Grünabfall, z.B. zur Energiegewinnung, gewinnbringend verkauft werden kann. Erfolgreiches Beispiel ist hier die Entsorgung des Papierwertstoffes. Die Müllentsorgung soll ökologisch sinnvoll und mit vertretbaren Gebühren gestaltet werden.

Nur wenn die Kreisabfallwirtschaft als bürgerfreundlicher Dienstleister von den Bürgerinnen und Bürger im Landkreis wahrgenommen wird, kann sie im Wettbewerb der Abfallwirtschaft bestehen. Das gilt sowohl für die Abfuhr als auch für die kreiseigenen Deponien. Wir unterstützen daher alle Bestrebungen, die zur Folge haben, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam mit den politischen Verantwortlichen an einer ständigen Weiterentwicklung des Betriebes zu einem bürgerfreundlichen und damit konkurrenzfähigen Dienstleister arbeiten.

## **Interkommunale Zusammenarbeit**

Die Gruppe strebt die gemeinsame Erledigung von Aufgaben und Dienstleistungen im Rahmen freiwilliger kommunaler Kooperationen an. Geeignet sind alle Maßnahmen, deren überörtliche Wahrnehmung keine Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet. Die Zusammenarbeit mit den benachbarten Landkreisen Osterode und Göttingen als gemeinsame Region soll weiter verstärkt werden.

## **Kultur und Ehrenamt**

Die Arbeit des Ehrenamtes in unserem Landkreis soll durch eine intensive und partnerschaftliche Zusammenarbeit von der Gruppe nach wie vor unterstützt und gefördert werden. Die Übungsleiterinnen und Übungsleiter werden weiterhin durch den Landkreis Northeim unterstützt.

Die Vereine haben auch einen sehr starken Anteil an der kulturellen Entwicklung unserer Region. Ein verstärktes Augenmerk soll hierbei auf die musikalisch tätigen Vereine sowie privaten und öffentlichen Musikschulen gelegt werden. Das Ziel ist deshalb die Einrichtung einer Kontaktstelle „Musik“, die zwischen den Anbietern im Landkreis koordiniert.

Kulturelle Einrichtungen und Ereignisse im Landkreis, die über den regionalen Rahmen hinausgehen, sollen über eine Förderung durch die neu gegründete Kulturstiftung mit gesichert werden.

Eine unverzichtbare Säule für die Sicherheit unserer Gemeinschaft sind die Freiwilligen Feuerwehren. Diese leisten darüberhinaus einen wichtigen Beitrag für das Gemeinwohl vor Ort. Auf Kreisebene ist es daher für uns eine

Selbstverständlichkeit, die bisherige partnerschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Kreisfeuerwehr fortzusetzen.

## **Personelles**

Es sollen drei gleichberechtigte stellvertretende Landräte auf Kreisebene gewählt werden. Das Vorschlagsrecht für jeweils einen stellvertretenden Landrat sollen SPD, FDP und die CDU bekommen. Die Besetzung von Ausschüssen und Gremien werden innerhalb der Gruppenpartner abgestimmt.

Einbeck, den 10.10.2008

Für den SPD-Unterbezirk  
Northeim-Einbeck

Für den FDP-Kreisverband

(Uwe Schwarz, MdL)  
Vorsitzender

(Christian Grascha, MdL)  
Vorsitzender

Für die SPD-Kreistagsfraktion

Für die FDP-Kreistagsfraktion

(Martin Wehner)  
Fraktionsvorsitzender

(Irnfried Rabe)  
Fraktionsvorsitzender